

Anhang 3

DIE WIRTSCHAFTSRECHNUNG IN DER  
SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT

VON  
DR. OTTO LEICHTER

in

MARX-STUDIEN

BLÄTTER ZUR THEORIE UND POLITIK DES  
WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

HERAUSGEGEBEN VON DR. MAX ADLER und DR. RUDOLF HILFERDING  
FÜNFTER BAND 1. HEFT. WIEN 1923. VERLAG DER WIENER  
VOLKSBUCHHANDLUNG VI., GUMPENDORFERSTRASSE 18

VI. Die sozialistische Rechnungslegung (Schluß)

Unsere Darstellung eines Systems der sozialistischen Rechnungslegung ist beinahe beendet. Durch den Vergleich mit den anderen Lösungsversuchen, der im letzten Kapitel vorgenommen wurde, war es möglich, das System auch negativ, durch Kritik anderer Systeme herauszuarbeiten, und es bleibt nunmehr nichts anderes übrig als einige Konturen des entworfenen Bildes nachzuziehen.

Vor allem ist hier die Frage zu erörtern, wie das dargestellte Wirtschaftssystem zu beurteilen ist, wenn man freie und Verwaltungswirtschaft »als gegensätzliche Typen einander gegenüberstellt. Die sozialistische Gesellschaft mit unserem Arbeitsgeldsystem schien am Anfang der Darstellung viel eher dem ersten Typus anzugehören als dem zweiten. Äußerlich bot sich bis zu einem gewissen Grad dasselbe Bild wie in einer kapitalistischen Wirtschaft dar. Der Arbeiter empfängt seinen Lohn in Scheinen, auf denen bloß ein anderer Aufdruck ist als auf dem kapitalistischen Geld, er geht mit diesem Schein in Häuser, in denen ebenso wie in den kapitalistischen Warenhäusern Güter aufgestapelt liegen, die er zur Regenerierung seiner Lebenskraft benötigt. Würde etwa ein Außenstehender diese beiden Wirtschaftsformen, dieselbe Ausdehnung der Arbeitsteilung, der industriellen Intensivierung usw. von außen betrachten, so müßte er von vornherein gar keinen Unterschied zwischen der freien kapitalistischen und dieser Art der sozialistischen Wirtschaft merken. Und doch kennt diese Ordnung eine ganze Reihe von außerordentlich wichtigen und einschneidenden *Eingriffen der Gesamtheit*, die man am besten als verwaltungswirtschaftliche Eingriffe bezeichnet. Zunächst wird die Gesellschaft gewisse Verteilungsmaßnahmen durchführen, sie wird ein Existenzminimum festsetzen, die Arbeitsunfähigen, die Kranken, die Greise, Kinder und Jugendlichen versorgen, alles natürlich mit Rücksicht auf die Ergiebigkeit des gesamten Produktionsprozesses und die Summe der insgesamt hervorgebrachten Güter. In der Hand der Gesellschaft wird ferner die letzte

Einflußnahme auf die Preisbildung liegen. Es wurde schon vorhin bei der Erörterung der auf der Gesamtheit lastenden Unkosten, bei den „Generalregien der sozialistischen Gesamtfabrik“ davon gesprochen, daß nicht auf alle Produkte, die einfachsten wie die kompliziertesten, der gleiche Unkostensatz zur Deckung der „Kosten der Gesamtheit“ aufgeschlagen werden darf, sondern daß man hier durch Differenzierung der einzelnen Erzeugnisse der Gefahr einer indirekten Besteuerung ängstlich aus dem Wege gehen muß. Damit gewinnt aber auch die Gesamtheit Einfluß auf die Preisbildung in allen Produktionssphären und somit auch auf die Gestaltung der Lebenslage. Die Leitung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses regelt auch die Inanspruchnahme der Seltenheitsgüter. Nicht mehr die auf dem Markt emporkletternden Preise für Seltenheitsgüter und die irrationale Verteilung von solchen Gütern nur auf die, die sich diesen Preis eben „leisten“ können, und der dadurch beschränkte Verbrauch wird darüber wachen, daß die Gesellschaft nicht plötzlich verarmt dasteht, sondern die Gesellschaft selbst wird durch ihre Organe den Prozentsatz des Abbaues z. B. der Bodenschätze festsetzen – wiederum ein außerordentlich wichtiger und einschneidender verwaltungswirtschaftlicher Eingriff.

Und doch hat es seinen tieferen Sinn, daß es auf den ersten Blick den Anschein hat, als würde das dargestellte Wirtschaftssystem ohne alle oder zumindest ohne wesentliche verwaltungswirtschaftliche Eingriffe verlaufen, und daß man dann bei näherem Zusehen doch eine ganze Reihe solcher entscheidender Eingriffe merkt, die eine solche Wirtschaft schließlich dem Typus einer Planwirtschaft ziemlich nahestehend erscheinen lassen. Dieser Eindruck entspricht auch der tatsächlichen Entwicklung dieser Wirtschaft. Sie wird „anfangs“ noch nicht *alle* verwaltungswirtschaftlichen Eingriffe vornehmen können, die möglich sein werden, wenn sie eingespielt und ausbalanciert ist; je länger sie im sozialistischen Sinne geleitet sein wird, umso stärker wird der Einfluß der Gesamtheit und ihrer Organe auf den Gang der Wirtschaft sein. In dem Maße, in dem erst das Verrechnungssystem dieser Wirtschaft ausgebildet wird, in dem umfassende statistische Aufnahmen vorgenommen werden können, in dem Maße, in dem das Wirtschaftsparlament oder die sonstige Leitung der Wirtschaft immer mehr Übersicht über die vorhandenen Wirtschaftskräfte und über ihre Buchung erhält, in dem Maße, in dem der organische Aufbau der Wirtschaft z. B. nach Gilden fortschreitet, in dem Maße wird es erst möglich sein, im Wege dieser organisch emporgewachsenen Gliederung der Wirtschaft Einfluß auf alle ihre Teile zu nehmen. Die Beeinflussung darf natürlich nicht so sein, daß nach Art einer bürokratischen Wirtschaft die kleinsten Maßnahmen an irgend einer untergeordneten Stelle des Wirtschaftskörpers von der Entscheidung der obersten Instanz abhängen, sondern die Zentralinstanzen, die Gliederung der Produktion nach Produktionssphären werden den Aufbau bilden, innerhalb dessen eine solche Einflußnahme reibungslos möglich ist, und erst mit dem Aufbau dieser Organisation wird sich der verwaltungswirtschaftliche Gedanke durchsetzen und die bewußte Lenkung der Gesamtfabrik von einer Stelle aus vollziehen, die das ungeheure ineinandergreifende Räderwerk in Betrieb setzen wird.

Am klarsten tritt die Suprematie der obersten Wirtschaftsleitung hervor, wenn man sich über die *Stellung des einzelnen Betriebes* klar zu werden versucht. Wer leitet ihn, von welcher Stelle erhält er die Anleitung für die Produktion, wer kontrolliert seine Gebarung, wer gibt ihm Aufschluß über den Stand der Produktionsmethoden in

den anderen Betrieben mit gleichem Produktionsprogramm, wer vergleicht seine Betriebsergebnisse mit denen anderer Betriebe, wie hat er seinen Rechnungsabschluß zu machen und wem hat er ihn vorzulegen? Wer verfügt über den Gebarungüberschuß dieses Betriebes und wie wird er ermittelt? Wer bestimmt die Summe der Arbeitsscheine, die dem Betrieb für eine Produktionsperiode vorgestreckt werden müssen, kurz wer „finanziert“ sie? Wie ist überhaupt ein Gebarungüberschuß oder gar ein Reingewinn möglich? All das sind Fragen, die noch zu beantworten sind, weil sie in unmittelbarem oder zumindest mittelbarem Zusammenhang mit dem System der Verrechnung stehen. Auch hier gilt das, was vorhin von der Gesamtwirtschaft gesagt wurde; auf den ersten Blick wird man vermuten, daß jede einzelne Produktionsstätte ziemlich selbständig ist, sieht man aber näher zu, wird man den Nabelstrang ganz deutlich sehen, durch den der einzelne Betrieb mit der übrigen Wirtschaft und mit ihrer Leitung verbunden ist. Der Betrieb wird soweit selbständig sein, daß der irgendwie eingesetzte Leiter des Betriebes<sup>1</sup> die persönliche Verantwortung für ihn trägt; er kann ohneweiters entfernt werden sowie ein kapitalistischer Betriebsleiter, der nicht den an ihn gestellten Anforderungen entspricht, und erhält dann nur das von der Gesellschaft garantierte Mindesteinkommen, falls er „arbeitslos“ ist, oder er wird in einer entsprechend niedrigeren und daher auch schlechter dotierten Stellung verwendet. Auf diese Weise kann die sogenannte „Privatinitiative“ der kapitalistischen Betriebsleiter und Direktoren und ihr Verantwortungsgefühl, das auch durch ihre persönlichen Interessen begründet ist, ersetzt und für die sozialistische Wirtschaft erhalten werden. So wie die Direktoren eines Konzernunternehmens auf die Finanzierung durch die Konzerngewaltigen angewiesen sind, sowie sie Geldsummen nur nach Vorlage eines genau detaillierten Produktionsprogrammes vorgeschossen erhalten, so vollzieht sich auf ähnliche Art und Weise die *Finanzierung der einzelnen Produktionsstätten* in der sozialistischen Wirtschaft. Innerhalb der Gilde eines Produktionszweiges werden auch am „Beginne der sozialistischen Gesellschaft“, also zu einer Zeit, da umfassende Produktionsstatistiken noch nicht möglich sind, die Leiter der Wirtschaftszweige ziemlich genau angeben können, wieviel ihr Produktionszweig im ganzen produzieren kann und wieviel im ganzen zur Deckung des Bedarfs nötig ist. Schon heute, inmitten der unklaren Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, kann jeder umsichtige Industrielle, der seine und seiner Konkurrenz Leistungsfähigkeit und die Kapazität des Marktes kennt, annähernd beurteilen, wieviel im nächsten Jahr in der gesamten Branche erzeugt werden wird, und nur die antagonistische Form der Konkurrenz hindert im Kapitalismus die Durchsetzung der planmäßigen Produktion. Ganz anders selbstverständlich in der sozialistischen Gesellschaft! Dort wird ja der Austausch der Erfahrungen, die Berechnung – am Anfang die Schätzung – wieviel erzeugt werden soll, gemeinsam erfolgen, und hierin wird ja eine der Hauptfunktionen der Gilden bestehen. Weiß dann die Gilde, wieviel sie insgesamt erzeugen soll, und regelt sie die *Finanzierung* der gesamten Gilde mit der obersten Leitung der Wirtschaft, dann kann es auch nicht schwer sein, die „hereingebrachten Aufträge“ und die entsprechenden Vorschußsummen auf die

---

<sup>1</sup> Wie man zu diesen Organen in der einzelnen Fabrik kommt, d. h. auf welchem Wege die Faktoren eingesetzt werden, die in einer gewissen Hierarchie für das Schicksal des einzelnen Betriebs verantwortlich sind, ist hier nicht zu erörtern. Der Typus der gemeinwirtschaftlichen Anstalt nach Otto Bauers „Weg zum Sozialismus“ scheint uns ein brauchbares Vorbild für einen sozialisierten Betrieb in dieser Hinsicht zu sein.

einzelnen Betriebe aufzuteilen. – Der einzelne Betrieb hat Bücher zu führen, die zunächst so angelegt werden müssen wie in der kapitalistischen Gesellschaft, die also die Betriebsrechnung zu Beginn der Produktion durch die Anfangsbilanz und am Schluß der Produktionsperiode oder am Ende des Wirtschaftsjahres durch die Schlußbilanz vornehmen werden. Eine solche Rechnung muß auch mit einem Gebarungsüberschuß oder -abgang, mit Gewinn und Verlust abschließen, und hier haben wir es wiederum mit zwei äußerst problematischen Begriffen zu tun. Was ist *Gewinn und Verlust* in der sozialistischen Wirtschaft? Verlust ist ja vorweg klar; schließt ein Betrieb mit Verlust ab, so bedeutet dies, daß durch die Erzeugnisse des Betriebs alles, was in die Erzeugung an sachlichen Voraussetzungen und an Arbeitsleistungen eingegangen ist, nicht hereingebracht wurde. Das Kostenprinzip ist also nicht durchgesetzt, wenn ein Betrieb mit Verlust arbeitet. Was bedeutet aber der Gewinn und wie wird er erzielt? Man sollte ja meinen, daß im sozialistischen Betrieb nach Durchführung der Abschreibungen, nach Ausscheiden der Reserven und der der Gesamtheit zufließenden Summen zur Deckung der Generalregien nichts übrig bleiben darf, da sonst die Produkte im Verhältnis zu ihren Gestehungskosten zu teuer verkauft wurden, womit nur eine andere Form der Ausbeutung stattfände; denn diese vollzieht sich nicht bloß so, daß die Arbeiter weniger Lohn erhalten als es ihrem Anteil an der Produktion entspricht, sondern auch in der Form, daß für die Güter höhere Gegenwerte erzielt werden, wodurch dann die Lebenshaltung jener Konsumentengruppe eingeschränkt würde, die mehr Arbeitsscheine hingeben muß, als zur Deckung der Kosten nötig ist. Dieser Fall ist vor allem in einer noch nicht ausbalancierten sozialistischen Wirtschaft möglich; da kann es sich öfter ereignen, daß aus besonderer Vorsicht höhere Preise festgesetzt werden und daß man etwas „larger“ kalkuliert. Nach dem Ablauf der Produktionsperiode und nach der genauen Feststellung der Kosten wird man die entsprechenden Korrekturen der Preise vornehmen können. Aber nicht nur während der Kinderkrankheiten, sondern auch späterhin sind solche Fälle möglich und können besonders dann häufig eintreten, wenn in einem Industriezweige, in dem die Betriebe genau errechnete und vollkommen wahrheitsgetreu festgesetzte Kosten verrechnen, einer oder wenige Betriebe bei denselben Preisen einen Reingewinn aufweisen. Das sind dann Betriebe, die entweder besonders gut geleitet sind oder unter besonders günstigen standortmäßigen Bedingungen – Nähe der Rohstoffe, Nähe des Absatzgebietes, daher Ersparnis von Transportkosten usw. – produzieren. Diese Betriebe erzielen einen sogenannten *Surplusprofit* oder eine Differentialrente, was sicherlich auch in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich ist und besonders beim landwirtschaftlichen Betrieb und allen wirtschaftlichen Betätigungen eintreten wird, wo die natürlichen Produktionsvoraussetzungen, die sogenannten „Geschenke der Natur“ eine besondere Rolle spielen<sup>2</sup>. Dieser übermäßige Gebarungsüberschuß, der

---

<sup>2</sup> Der Einwand liegt nahe, daß die Tatsache von Surplusprofiten in einzelnen Betrieben Preise zur Folge hat, die höher sind als die im Betrieb aufgelaufenen tatsächlichen Selbstkosten. Das bedeutet wiederum, daß die an der Produktion dieser Güter Beteiligten weniger Arbeitsscheine als „Lohn“ erhalten als ihrem Anteil entspricht. Wenn man sich nun vorstellt, daß es in jeder Produktionssphäre solche Betriebe gibt, die mit Surplusprofiten arbeiten, könnte sich der Zustand ergeben, daß für die ganze Wirtschaft weniger Arbeitsscheine zur Verteilung gelangen als dem Gesamtpreis der vorhandenen Güter entspricht. Diesem Einwand ist zunächst entgegenzuhalten, daß ein derartiger Surplusprofit vor allem dazu dienen wird, um einen Verlust anderer Betriebe derselben Sphäre zu decken. Bei einem Preis z. B. von 50 für ein bestimmtes Produkt hätte der Betrieb A einen Surplusprofit von 10, da seine Selbstkosten nur 40 betragen, der Betrieb B aber einen Abgang von 10,

nach Abzug der Reserven und der Kosten der Gesamtheit verbleibt, wird aber dem einzelnen Betrieb nicht zugute kommen dürfen; nur etwa dort, wo er erwiesenermaßen lediglich auf den besonderen Fleiß oder auf die besondere Tüchtigkeit der Belegschaft zurückzuführen ist, wird er vielleicht teilweise für Wohlfahrtseinrichtungen dieses Betriebes verwendet werden dürfen, sonst muß jede derartige Rente an die Gesamtheit abgeführt werden. Für den Einzelbetrieb wird sich auch gar nicht die Gelegenheit ergeben, die genaue Errechnung des Reingewinnes selbst vorzunehmen. So wie in einem Konzern die einzelnen Konzernbetriebe oft nur die Grundlagen für die Bilanz liefern, diese selbst aber im zentralen Konzernbüro aufgestellt, dort auch der Prozentsatz der Rücklagen, des Erweiterungsfonds usw. festgestellt wird, so kann auch die Bilanzierung in der sozialistischen Wirtschaft gehandhabt werden. Die einzelnen Betriebe liefern die Grundlagen für die Bilanz, aber die genaue Feststellung, wieviel von dem erzielten Gebarungsüberschuß für die Erweiterung der Produktion, für Rücklagen, zur Deckung des Abganges in einem schlechten Wirtschaftsjahr, für die Aufbringung der Generalreserven der Gesellschaft verwendet wird und ob hernach noch ein „Reingewinn“ verbleibt, kann füglich von der Gilde festgestellt werden. Es ist auch sehr fraglich, wie weit bei Festsetzung der Rücklagen und des Erweiterungsfonds usw. nicht auch die Gilde die Leitung der Gesamtwirtschaft zur Entscheidung wird heranziehen müssen. Selbstverständlich wird das Verhältnis vom Einzelbetrieb zur Gilde auch wieder seine Analogie haben im Verhältnis der Gilde zur Gesamtwirtschaft in Bezug auf die von der Gilde insgesamt erzielten Reingewinne. Nur wenn die Leitung der Gesamtwirtschaft über sie verfügt, ist erst die Bürgschaft dafür geschaffen, daß jede Ausbeutung in jeder Form aufgehoben ist. Der Begriff des Reingewinnes unterscheidet sich für den ersten Blick ebenfalls nicht von den kapitalistischen. Auf dem ersten Blick mag man wiederum der Ansicht sein, es handle sich um den alten kapitalistischen, vollkommen unveränderten Reingewinn. Sieht man aber näher zu, so ist es der Gebarungsüberschuß eines Betriebes, der nur die Kosten seiner Produktion hereinbringen will, die gesellschaftlich notwendig sind und die auch tatsächlich zur Deckung der Kosten in anderen Betrieben mit gleichem Produktionsprogramm notwendig sind; in diesem Betrieb wird nun aus irgend welchen Gründen, die ja jedesmal klar zu Tage treten werden, ein Surplusprofit erzielt. Dieser Reingewinn verliert aber sofort seinen kapitalistischen Charakter, wenn man sieht, daß er der Gesamtheit zugesprochen wird, daß er, entstanden durch gewisse natürliche Voraussetzungen der Produktion in einzelnen Betriebstätten, nun nicht der Gesamtheit entzogen wird, sondern ihr für alle Fälle zukommen muß. Die andere Möglichkeit, die ja auch besprochen werden könnte, nämlich die, den Preis der Produkte eines solchen Betriebes herabzusetzen, liegt wohl nahe, würde aber sofort eine antagonistische Konkurrenz bedeuten, so daß dieser Weg in einer sozialistischen Gesellschaft mit unserem Arbeitsgeldsystem nicht besprochen werden kann. Auch Gewinn und Verlust sind also in ihrer Bedeutung innerhalb der Wirtschaft mit dem dargestellten Arbeitsgeldsystem klar gestellt.

---

da seine Selbstkosten 60 betragen. Die Arbeiter des Betriebes B erhalten also im Verhältnis zu den Selbstkosten ihres Betriebes gerade um so viel mehr Arbeitsscheine, als die von A weniger erhalten. Da aber überhaupt der Surplusprofit der Gesamtheit zufließt und von der Gesamtheit für soziale Maßnahmen verwendet wird, d. h. da die an einer Stelle der Wirtschaft verringerte Kaufkraft etwa bei Sozialrentnern oder bei den Nutznießern sonstiger sozialer Maßnahmen auftaucht, ist die Gefahr einer solchen Krise in Wirklichkeit nicht vorhanden.

Es ist selbstverständlich, daß auch die Begriffe „Rentabilität“ und „Produktivität“ in der sozialistischen Gesellschaft eine Veränderung gegenüber ihrer kapitalistischen Bedeutung erfahren müssen. Schon daß es zwei Begriffe gibt, deren Begriffsinhalte einander keineswegs decken, charakterisiert den kapitalistischen Zustand. Ein kapitalistischer Betrieb kann rentabel sein, ohne produktiv zu sein. Ein Unternehmer kann an der Vernichtung von Waren mehr verdienen als durch ihre Produktion und ihren Verkauf zu niedrigeren Preisen. Rentabilität und Produktivität werden also in der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr getrennte Begriffe sein können, nur das wird rentabel sein, was auch produktiv ist, weil in einer Wirtschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln und ohne die dadurch bedingte Profitborniertheit nur das als Vorteil des Produzenten erscheint, was auch im Interesse der Gesamtwirtschaft gelegen ist; durch den Einfluß, den die Gesamtheit auf die Preisbildung haben, und die Kontrolle, die sie durch ein demokratisch gewähltes Wirtschaftsparlament üben wird, ist es ja ausgeschlossen, daß die von Heymann so sehr gefürchtete monopolistische Willkür keine Schranken kennen wird und daß etwa die Arbeiter, die unmittelbar in der Produktion tätig sind, an hohen Preisen interessiert sind, damit sie selbst entsprechend höhere Löhne erhalten, wodurch dann freilich wieder eine Preispolitik eingeschlagen würde, die den Begriff der Rentabilität von dem der Produktivität trennen könnte. Die Produktivität wird in der sozialistischen Wirtschaft abhängen von der Anzahl der genußreifen Güter, die einen Betrieb verlassen, und den Kosten ihrer Herstellung. Ein Betrieb wird besonders produktiv sein, wenn er mit möglichst geringem Aufwand, also möglichst billig, sehr viele und hochwertige Güter produziert.

Noch eine Frage soll kurz erörtert werden, die aus dem Schrecken der jetzigen Zeit der Geldentwertung und des Zusammenbruchs des Geldwesens von Mittel- und Osteuropa geboren ist, die aber auch ihre allgemeine Bedeutung hat. Bietet das Arbeitsgeld ebenfalls die *Möglichkeit der Inflation*, der Geldwertschwankungen, wird es sein Eigenleben führen so wie das kapitalistische Geld? Insoweit der Kapitalismus das Wesen des Geldes als eines Wertmaßstabes verschoben, das Geld zu einer Ware umgebildet hat, wird diese Funktion selbstverständlich in der sozialistischen Gesellschaft fortfallen; damit hat aber auch diese Art des Eigenlebens des Geldes aufgehört. Wird aber die Möglichkeit einer Inflation gegeben sein? Theoretisch ist die Möglichkeit denkbar. Die oberste Leitung der gesellschaftlichen Produktion, die Staatsbank oder wie sie sonst heißen möge, gibt Arbeitsscheine aus, die Anweisungen auf genußreife Güter darstellen. Jeder, der gearbeitet hat, erhält eine bestimmte Anzahl von Scheinen nach den Grundsätzen, die vorhin dargelegt wurden. Es ist aber möglich, daß durch gewisse Umstände gezwungen oder durch eine fehlerhafte Berechnung der der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Genußmittel zu viele Arbeitsscheine ausgegeben, d. h. zu hohe Löhne im Vergleich zur gesellschaftlichen Gesamtproduktivität „bezahlt“ werden, so daß die zusätzlichen Anweisungen auf die Güter nicht honoriert werden können<sup>3</sup>. Der Weg, der in diesem Fall dem Kapitalismus offen steht und den auch Heymann in einer sozialistischen Wirtschaft begangen wissen will (siehe oben!), steht nach diesem System nicht offen; es ist nicht möglich, die Steigerung der Preise infolge der übergroßen Nachfrage so zu erhöhen, daß die Zahl der noch zum Kauf Gelangenden geringer wird. Es herrscht ja das Prinzip „feste

---

<sup>3</sup> Vgl. oben die Ausführungen über die Krisen.

Preise“. Wenn sich also die übergroße Nachfrage auch nicht in Form von rapiden Preiserhöhungen abspielen wird, so werden doch alle mit ihrer übergroßen Zahl von Arbeitsscheinen bemüht sein, möglichst rasch die Güter in die Hand zu bekommen, und diese Form der Konkurrenz würde sich in dem wohlbekanntem Anstellen vor den Verkaufshäusern usw. abspielen. Eine übergroße Vermehrung der Arbeitsscheine könnte aber noch verhängnisvollere Wirkungen haben. Entsteht „zusätzliche Kaufkraft“ und will sich die Leitung der Wirtschaft bemühen, die dadurch eingetretene erhöhte Nachfrage ganz zu berücksichtigen, läßt sie dementsprechend im erhöhten Ausmaße produzieren, so kann durch die falsche „Bankpolitik“ eine Verarmung der ganzen Wirtschaft eintreten, wenn man nicht bemüht ist, den Verschleiß zu decken und für die Ausdehnung der Produktion zu sorgen. Unser Arbeitsgeldsystem wird also eine sehr vorsichtige „Bankpolitik“ zur Voraussetzung haben, die vor allem darin bestehen wird, daß man sich bemüht, die Summe der Arbeitsscheine, die zur Bewältigung dieser modifizierten Zirkulation nötig sind, genau zu ermitteln und sie nicht zu überschreiten. In einer eingespielten und ausbalancierten Wirtschaft ist aber die Gefahr einer derartigen „Arbeitsgeldinflation“ nicht allzu groß, unter den Kinderkrankheiten, die ein solches System bedrohen können, ist sie immerhin beachtenswert. Da aber die sozialistische Wirtschaft mit dem Arbeitsgeld klar und durchsichtig ist, muß jeder Irrtum – und nur um einen solchen, nicht wie beim Kapitalismus um organische Mängel kann es sich handeln – an irgend einer Stelle der Wirtschaft klar hervortreten und sofort behoben werden können.

---

Wir glauben, am Ende der Darstellung eines Arbeitsgeldsystems einer sozialistischen Wirtschaft zu sein und damit den Beweis erbracht zu haben, daß eine sozialistische Wirtschaft rechnen und daher auch in diesem Sinne rational sein kann. Auf diesen Beweis ist es angekommen, nicht darauf, das Rechnungssystem einer sozialistischen Wirtschaft bis ins kleinste Detail mit allen möglichen Nuancen auszumalen. Es hat sich nicht darum gehandelt, das System der Rechnungslegung der sozialistischen Wirtschaft aufzuzeigen, wie es haargenau, ohne jede Veränderung in der Wirklichkeit durchgeführt werden muß. Diese utopistische Aufgabe war hier nicht zu lösen, sondern es mußte gedanklich aus dem System der sozialistischen Wirtschaft gezeigt werden, daß eine Rechnungslegung in ihr möglich ist. Sie im Einzelnen auszubilden, wird die Aufgabe der schöpferischen ökonomischen Wirklichkeit sein.

Der Beweis, den wir hier zu erbringen versuchten, ist auf den Denkmitteln und Begriffen der marxistischen Ökonomie aufgebaut. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die ökonomische Theorie, die Marx ausgebildet hat, eine Ökonomie der kapitalistischen Wirtschaft ist und daß die Arbeitswertlehre notwendigerweise eine Wirtschaftsordnung zur Voraussetzung hat, in der es nötig ist zum Zwecke des vorzunehmenden Tausches von Waren den Tauschwert zu konstituieren. In einer sozialistischen Wirtschaft wird es keinen Tausch in diesem Sinne mehr geben und daher entfällt auch die Notwendigkeit der Konstituierung des objektiven Tauschwertes; was bleibt, ist nur die Aufstellung der Selbstkosten. Deswegen hat *Hilferding* theoretisch recht, wenn er an der oben zitierten Stelle sagt, daß in der Ökonomie der sozialistischen Wirtschaft der Tausch keine Rolle spielen und daß daher die Konstituierung des Tauschwertes in der sozialistischen Wirtschaft nicht stattfinden wird. Daher wurde in den vorstehenden Ausführungen möglichst vermieden, auf

werttheoretische Untersuchungen und Streitigkeiten einzugehen, da die Frage, welches die theoretischen Grundbegriffe der sozialistischen Wirtschaft sein werden, noch sehr dunkel ist. Auch hier wird es die Aufgabe des tatsächlichen Ablaufes der Geschehnisse sein, den Weg zum Studium und zur theoretischen Erfassung der Wirtschaft freizulegen. Deswegen ist die Zustimmung zu unseren Ergebnissen und zu unserem Arbeitsgeldsystem nicht abhängig davon, ob man der Ansicht der Marx'schen Ökonomie ist; es ist ganz gut möglich, daß man die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft anders erklärt, als das die Marxisten tun, und doch ein Arbeitsgeldsystem und überhaupt die Rechenhaftigkeit der sozialistischen Wirtschaft für möglich hält.

Im übrigen ist es an der Zeit, daß wir Sozialisten uns nicht mehr allein mit der Bekämpfung der kapitalistischen Mächte befassen, so wichtig sie gerade jetzt ist, denn die Zeit des sozialistischen Aufbaues ist nahe und wir werden nur dann geistig gerüstet für den entscheidenden Augenblick der Machtfülle des Proletariates sein, wenn wir uns bereits jetzt mit der Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft befassen. Indem wir uns auch auf diese Weise rüsten, ziehen wir den zweckmäßigsten Schluß aus der Tatsache, daß wir in den großen und gewaltigen Umwälzungsprozeß der sozialen Revolution eingetreten sind.



Otto Leichter

\* 22. Februar 1897 in Wien; † 14. Februar 1973 in New York City